



**Gesamtpersonalrat für das Land
und die Stadtgemeinde Bremen**



Gesamtpersonalrat Knochenhauerstr. 20/25 28195 Bremen

Auskunft erteilt
Doris Hülsmeier

Telefon (0421) 361 **2215**
Fax (0421) 496 **2215**

E-Mail
gesamtpersonalrat@gpr.bremen.de

Internet
www.gesamtpersonalrat.bremen.de

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)

Bremen, 8. Dez. 2010

P R E S S E M I T T E I L U N G

„Rettungsschirm für öffentliche Dienstleistungen“ Interessenvertretungen fordern ausreichende Finanzierung

Das Wetter ließ keinen Zweifel zu: Die zahlreichen Regenschirme vor der Bremischen Bürgerschaft waren nicht als Regenschutz gedacht. Personalräte und Frauenbeauftragte aus dem bremischen öffentlichen Dienst unterstrichen damit gemeinsam mit ver.di-GewerkschafterInnen ihre Forderung nach einem Rettungsschirm für öffentliche Dienstleistungen. Anlass waren die abschließenden Beratungen der Bremischen Bürgerschaft über die Haushalte für 2011.

Jeder Bürger, jede Bürgerin „von der Wiege bis zur Bahre“ braucht öffentliche Dienstleistungen, aber auch die Betriebe und Unternehmen sind darauf angewiesen. Seit vielen Jahren wird im bremischen öffentlichen Dienst Personal abgebaut. Die Folge sind immer längere Bearbeitungs- und Wartezeiten für die Bürgerinnen und Bürger. Die Beschäftigten werden belastet durch Arbeitsverdichtung und Arbeitsrückstände. Sie werden von Überstundenbergen erdrückt. Außerdem droht der rot/grüne Senat auch noch mit dauerhaften Reallohnverlusten für die Beschäftigten. Er zielt zusammen mit den anderen Sanierungsländern auf eine Sonderlösung im Rahmen des Tarifvertrages der Länder.

„Gute Arbeit im öffentlichen Dienst muss ausreichend finanziert werden!“ so die Forderung der InteressenvertreterInnen. Ein Rettungsschirm - wie für Banken und Unternehmen - ist dafür notwendig. Dazu müssen Steuern im Bereich höherer Einkommen, Vermögen und Erbschaften sozial ausgewogen erhöht und der Vollzug der Steuergesetze verbessert werden.